

Starke Bürger – Starker Staat



projekt:21

Den Staat vom Kopf wieder auf die Füße stellen

„Vom Bürger aus denken!“
Was eigentlich selbstver-
ständlich sein sollte, ist ver-
loren gegangen.

Und länger als ein Jahr hat
darüber eine Präsidiums-
kommission beraten, die 1999
der Erfurter Parteitag einsetz-
te. Unter Leitung von Christa
Thoben ist für den Bundes-

vorstand ein Diskussionspa-
pier entstanden. Es beschreibt
"Spielraum für kleine Einhei-
ten" – so Name und Arbeits-
auftrag der Kommission – und
zeigt neue Wege in die aktive
Bürgergesellschaft. Angela
Merkel: "Es entwickelt un-
sere Ordnung weiter für das
21. Jahrhundert." (Seite 3)

INHALT

GENERALSEKRETÄR
RUPRECHT POLENZ:
Bildungspolitik ist
Zukunftspolitik.
Rede in der Zukunfts-
werkstatt der Konrad-
Adenauer-Stiftung
SEITE 4

BÜRGERGESELLSCHAFT:
Friedrich Merz: Neues
Denken und neues
Handeln sind gefragt.
Über Ehrenamt und
Freiwilligenarbeit
SEITE 5-7

FRIEDRICH MERZ ZU
EHRENAMT UND
FREIWILLIGENARBEIT:
NEUES DENKEN UND
NEUES HANDELN SIND
GEFRAGT

Seite 5-7

Das Wort ist umgangssprachlich nicht gerade geläufig. Aber die Sache ist "aktueller denn je", sagt Friedrich Merz. Er meint das Ehrenamt und alles, was damit zusammenhängt: die ehrenamtliche Arbeit ■ bei der Feuerwehr ■ in Sportverbänden ■ bei der Aktion Sühnezeichen ■ beim Erhalt kultureller Bauten und Denkmäler ■ in Freiwilligenagenturen ■ Bürgerbüros ■ in Stadtteil- und Bürgerinitiativen ■ kommunalen Einrichtungen ■ Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ■ Zukunftswerkstätten ■ Agenda-21-Gruppen ■ in Kinderparlamenten und ■ Jugendringen. Friedrich Merz: Dieses Engagement hat Zukunft. Die aktive Bürgergesellschaft ist unsere Zukunft.

RENTENREFORM:
GENERATIONEN-SPALTUNG
ODER GENERATIONEN-
BRÜCKE

Seite 8-9

Unter einer Reform stellt man sich etwas anderes vor – jedenfalls im Ergebnis nicht die Aufsplitterung der Rentenleistung in 21 verschiedene Rentenniveaus im Jahr 2030. Die Zwei-Klassen-Rente wird es sogar noch früher geben. Denn der von Rot-Grün vorgesehene Ausgleichsfaktor belastet Versicherte um so stärker, je später sie in Rente gehen. Das ist ungerecht, gibt einen falschen Anreiz für den vorzeitigen Renteneintritt und spaltet die Generationen.

PETER RAUEN:
WOHNEIGENTUM IN DIE
FÖRDERUNG DER
PRIVATEN ALTERSVORSORGE
EINBEZIEHEN

Seite 10

740 Mark beträgt im Durchschnitt die monatliche Ersparnis, wenn man über Wohneigentum verfügt. Für ein Rentnerehepaar mit einem monatlichen Einkommen von 2.500 Mark bedeutet das rechnerisch eine zusätzliche Rente von 30 Prozent. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum der Bundesarbeitsminister Wohneigentum aus der Förderung der privaten Altersvorsorge herausnehmen will und dem verständlichen Wunsch vieler Bürger nicht nachkommt. 70 Prozent der Bundesbürger sehen im Wohneigentum sogar die sicherste Form der Altersvorsorge.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Angela Merkel: Wir wollen die **bürgernahe** Gesellschaft

„Wir teilen mit den Jugoslawen die Freude darüber, dass sich die Demokratie in ihrem Land auf dem Vormarsch befindet.“

Nach Beratungen in Präsidium und Bundesvorstand am 10. Oktober gratulierte die Parteivorsitzende dem jugoslawischen Volk zu der wieder errungenen Freiheit und forderte die europäischen Länder dazu auf, den Demokratisierungsprozess „unbedingt zu unterstützen“.

Die Spitzengremien der Partei haben Äußerungen des Bundeskanzlers und anderer Mitglieder der Bundesregierung begrüßt, die erkennen lassen, dass Rot-Grün beginnt, sich über die „Sinnhaftigkeit dieser Steuer und deren Ausgestaltung“ Gedanken zu machen. Angela Merkel: „Inzwischen ist offenbar auch der SPD nicht verborgen geblieben, dass sie mit der K.O.-Steuer an der Bevölkerung vorbei agiert.“

Im Mittelpunkt der Beratungen stand das Diskussionspapier "Starke Bürger. Starker Staat". Die Präsidiumskommission "Spielraum für kleine Einheiten" hat unter der Leitung von Christa Thoben eine sehr umfangreiche Arbeit abgeschlossen

und im Rahmen der Reihe "Projekt:21" ein weiteres Themenfeld der programmatischen Arbeit der CDU erschlossen.

Angela Merkel: "Wir wollen die bürgernahe Gesellschaft. Wir wollen, dass der Staat wieder vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Der Diskussionsentwurf der Präsidiumskommission ist eine wichtige Station auf dem Weg der Fortentwicklung unserer gesellschaftlichen und gesamtstaatlichen Ordnung in das 21. Jahrhundert."

Die CDU werde das Papier auf einem "Kleinen Parteitag" oder auf dem Bundesparteitag im nächsten Jahr verabschieden.

Christa Thoben erläuterte: „Ausgehend vom Bürger zeigen wir Reformmöglichkeiten für alle staatlichen Ebenen – von unten nach oben: von der Kommune über die Länder bis zur Europäischen Union. Wir wollen den Staat aus der Sicht des Bürgers betrachten.“

Den leicht gekürzten Wortlaut des Diskussionspapiers finden Sie als Dokumentation im Innenteil dieser Ausgabe.

Wir wollen einen **partnerschaftlichen** Staat

Heute ist der Staat zu weit weg vom Bürger, Entscheidungen werden anonym getroffen. Wir wollen einen partnerschaftlichen Staat, der dem Bürger „erfahrbar“ an der Seite steht. Einen Staat, der der jeweils kleineren Einheit Freiheit und Selbstverantwortung einräumt, um den Menschen mit seinen Fähigkeiten und Erwartungen entgegenzukommen. Der Bürger erwartet einen starken Staat, der hilft, gewährleistet, sichert und befähigt.

Doch nicht nur das "ob", auch das "wie" liegt im Interesse des Bürgers. Er wünscht sich einen transparenten, flexiblen und entscheidungsstarken Staat. Netzwerke statt Hierarchien bedeutet dies. Die technischen Revolutionen, vor allem Internet, ist eine Chance, schneller und besser Prozesse zu gestalten und zu steuern. Die Qualität steigt, sobald die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auf diesem Weg mitgenommen werden.

Aus der Einleitung des Diskussionspapiers

Bildungspolitik ist Zukunftspolitik

Anlässlich der Zukunftswerkstatt „Internationalisierung – Finanzierung – Management. Leitbilder zukunftsorientierter Hochschulpolitik“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin hat Generalsekretär Ruprecht Polenz betont: Hochschul- und Bildungspolitik sind zentrale Anliegen unserer Partei.

Um im internationalen Wettbewerb um Know-how und um die besten Köpfe in Zukunft bestehen zu können, so Polenz, müssten wir unsere alten Wissenschaftstraditionen gründlich überprüfen und an die veränderten Bedingungen anpassen. Das Wettbewerbsprinzip werde sich dabei als wichtigster Steuerungsmechanismus der strategischen Wissenschaftsplanung erweisen. Die Hochschulen bräuchten mehr Freiheit, um ein eigenes, unverwechselbares Profil zu entwickeln, d.h. sie müssten von zu viel staatlicher Regulierung befreit werden.

Um in Zukunft zu bestehen, sei auch die Internationalisierung ein ganz wichtiger Wettbewerbsfaktor. Zu den nötigen Maßnahmen gehörten: Förderung des Auslandsstudiums, englischsprachige

Lehrveranstaltungen, Werben um ausländische Studenten und Dozenten, die flächendeckende Einführung von international vergleichbaren Studienabschlüssen, aber auch die Einwerbung von Geldern auf dem internationalen Wissenschaftsmarkt.

Die Hochschulen könnten ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Auftragsforschungen für die Wirtschaft, Praxisnähe von Studiengängen, die Vergabe von Lehraufträgen für Praktiker aus der Wirtschaft, eine stärkere Mobilität zwischen Wissenschaft und Wirtschaft z.B. durch eine Änderung der dienst- und tarifrechtlichen Rahmenbedingungen und durch Veränderungen beim Personalmanagement erhöhen. Auch als Weiterbildungspartner der Unternehmen könnten Hochschulen eine wichtige Rolle einnehmen.

Um nicht Mitläufer, sondern gestaltende Avantgarde zu sein, müssten die Hochschulen letztendlich nicht nur mehr Mittel erhalten, ihr Einsatz müsste auch effizienter werden, z.B. Abschaffung der ZVS in ihrer bestehenden Form. Die Auswahl des Studienortes müsste durch die Studierenden und

die Hochschulen selbst geschehen. Wie das Beispiel der Privatuniversität zeige, könnte dadurch die Zahl der Studienabbrecher erheblich verringert werden.

Neben Ruprecht Polenz nahmen an dem gemeinsam von der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem RCDS veranstalteten Zukunftsforum teil: Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Frankenberg, Rektor der Universität Mannheim und Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Minister für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen, Thomas Rachel MdL, hochschulpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Hartmut Schiedermaier, Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, Kultusministerin a.D. Steffie Schnoor MdL, Bildungs- und Wissenschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, und Carsten Schwarz, Bundesvorsitzender des RCDS.

[http://](http://www.kas.de)

Die Rede von Ruprecht Polenz finden Sie im Internet unter www.kas.de

FRIEDRICH MERZ:

Neues Denken und neues Handeln sind gefragt

Aus dem Vortrag des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion anlässlich der Veranstaltung „Aktive Bürgergesellschaft – Zukunft von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit“ am 6. Oktober in Berlin:

Aktueller denn je: Ehrenamt

Wer glaubt, das Thema Ehrenamt sei verstaubt, fällt einem fundamentalem Irrtum zum Opfer: es ist aktueller denn je. Das Ehrenamt steht in neuer Perspektive, und ehrenamtliche Tätigkeit, oder wenn wir es moderner und umfassender ausdrücken wollen: Freiwilligenarbeit, Bürgerengagement und Selbsthilfegruppen gehören zum unverzichtbaren Fundament einer demokratischen, aktiven und verantwortlichen Bürgergesellschaft. Nicht in der weiteren Betonung des alten, eher patriarchalischen Wohlfahrtsstaates, sondern in der Förderung der mentalen Einstellungen und Haltungen solchen Freiwilligenengagements liegt ein wesentlicher Teil unserer Zukunft.



Konturen des Neuen werden sichtbar

Nun leben wir zwar bereits seit der Aufklärung und der industriellen Revolution in einer dynamischen Gesellschaft, in der der Drang zum beständigen Fortschritt konstitutiv geworden ist. Aber jetzt stehen wir inmitten eines neuen, tiefgreifenden Wandel zu einer neuen Gesellschaft mit neuen Wirtschafts- und Sozialstrukturen. Wir werden vom Unbekannten herausgefordert, neue Gestaltungskraft wird eingefordert. Aber wir können schon ein paar Konturen erkennen. Die Globalisierung führt zu einer Ausweitung der Märkte – einem

wirklichen Weltmarkt – und zu weltweitem Wettbewerb. Mit den neuen Informationstechnologien entsteht eine Wissensgesellschaft, die die gewohnten Strukturen von Bildung und Ausbildung nachhaltig verändern wird. Neuartige Werkstoffe und Produktionsverfahren werden unsere ganze Arbeits- und Konsumwelt in neue Bahnen lenken, unsere Lebensweisen und hergebrachten Lebensvorstellungen ändern. Neues Denken und neues Handeln ist gefragt.

Der neue Wettstreit

der Systeme verläuft nicht mehr zwischen Demokratie und Diktatur, Kapitalismus und Sozialismus, sondern zwischen demokratischen und marktwirtschaftlichen Staaten um diejenige Ordnung, die Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität am besten verwirklicht, die die größere wirtschaftliche Effizienz mit Menschlichkeit verbindet, die die Globalisierung und den Einsatz neuer Technologien mit geistiger Orientierung und der

Entfaltung der Engagementpotenziale einer Bürgergesellschaft verbindet.

Die politischen Konsequenzen

Der Wandel betrifft nicht die parlamentarische Demokratie selbst. Diese bleibt unverzichtbar in ihren bewährten Institutionen und Verfahren, übrigens auch in Bezug auf die Parteien, denn trotz aller (auch berechtigten) Kritik gibt es keine Einrichtungen, die wie die Parteien Meinungen, Sichtweisen und Interessen aufnehmen, bündeln, im Lichte des Gemeinwohls prüfen und in parlamentarische Gesetzgebung umsetzen können. Aber die parlamentarische Demokratie bedarf der Ergänzung und Unterstützung durch eine aktive Bürgergesellschaft. Und zwar nicht nur, wie im klassischen Demokratieverständnis, um in einer bürgerlichen Öffentlichkeit die Pluralität der Meinungen zur Geltung zu bringen, das auch, sondern vor allem durch das tätige Engagement der Bürger selbst, die verantwortlichen Aufgaben und Verpflichtungen übernehmen. Parlamentarische Demokratie und bürgerschaftliches Engagement, stehen sich nicht gegenüber, sie bilden eine sinnvolle und notwendige Ergänzung.

Ein großes Reservoir für kreative Lösungen

Wir brauchen diese Art bürgerschaftlicher Initiative in allen Formen im caritativen und diakonischen Ehrenamt, bei der Feuerwehr und in Sportverbänden, bei der Aktion Sühnezeichen und bei dem Erhalt kultureller Bauten und Denkmäler, Freiwilligenagenturen und Bürgerbüros, in Stadtteilarbeit und Bürgerinitiativen, in kommunalen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen, in Zukunftswerkstätten und Agenda-21-Gruppen in der Nachfolge der Vereinbarungen der Konferenz von Rio, in Kinderparlamenten und Jugendringen, den freiwilligen Jahren in Unternehmen, sozialen Einrichtungen oder Umweltinstitutionen. Ein solches vielfältiges Engagement ist nichts anderes als ein großes Reservoir für kreative Lösungen gerade dann, wenn sich alles wandelt und neue Antworten auf neue Fragen dringend benötigt werden.

Die Vorzüge der „kleinen Einheiten“

In diesen Tagen haben wir die Wiedervereinigung Deutschlands gefeiert. Sie

hat die friedliche Revolution der Bürger in der DDR vollendet und zugleich daran erinnert, mit welchem Mut die Bürger sich einen öffentlichen Raum erkämpft haben. Das Verlangen nach Freiheit machte der menschenverachtenden Diktatur der SED ein Ende. Wir erinnern uns an die großen Demonstrationen, in denen die Bürger sich ihrer Macht bewusst wurden. Aber zum Sturz der Diktatur trugen – wir erinnern uns heute kaum noch daran, weil es darüber so gut wie keine Bilder gibt – genauso bei die vielfältigen Initiativen, kleinen Versammlungen, Zirkeln und Gruppen in den Berufsständen, den Kommunen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Wir betonen heute die Vorzüge der "kleinen Einheiten" und versuchen, diese zu stärken oder neu zu etablieren – 1989/90 wurden sie bereits spontan gelebt. Es gab kaum eine Zeit in Deutschland, wo so viele Bürger sich für die öffentlichen Belange engagierten und Vorschläge zur Erneuerung gemacht wurden wie damals.

Unser Leitbild ist die aktive Bürgergesellschaft

Sie ist das Zukunftsmodell für eine humane Gesell-

schaft und eine lebendige Demokratie. Durch aktive Mitarbeit können wir Verantwortung leben und persönliche wie gesellschaftliche Freiheit bewahren. Sie beruht auf der Einsicht in die Individual- und in die Sozialnatur des Menschen. Es geht um persönliche Entfaltung und um Solidarität für andere. Engagement und Selbstentfaltung passen ebenso zusammen wie Engagement und Gemein-sinn. Freiheit ist in unserem Verständnis eben keine Beliebigkeit, sondern Freiheit in Bindung und Verantwortung.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag muss geschlossen werden

Ein neuer Gesellschaftsvertrag, das heißt die Wiedergewinnung des Sozialen aus den Wurzeln der Gesellschaft, das heißt, das Gemeinsame von Wirtschaft und Gesellschaft zu sehen. Im Grunde kann man das bereits bei dem Vater der Sozialen Marktwirtschaft, bei Ludwig Erhard, finden: „Die Formierte Gesellschaft fordert ein soziales und politisches Verhalten jedes einzelnen, das sich nicht nur in der Sorge um seine private Sphäre und in dem Ver-

trauen auf seine Gruppenvertretung erschöpft, sondern sich vielmehr mit wachem Interesse um öffentliche Dinge kümmert.“ Aktive Bürgergesellschaft heißt deswegen auch die Vitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft und die Suche nach einem neuen Verständnis von Wettbewerb und Solidarität in Wirtschaft und Gesellschaft.

Einen solchen neuen Gesellschaftsvertrag können wir uns verständlich machen als „magisches Viereck einer aktiven Bürgergesellschaft“: starke Bürger, starker Staat, starke gesellschaftliche Organisationen und starke Unternehmen.

Was wir endlich begreifen müssen

Noch immer herrscht in manchen Bereichen altes Denken. Noch immer gibt es offene oder verborgene Rivalitäten zwischen Freiwilligenengagement und hauptamtlichen Mitarbeitern in Organisationen, zwischen Selbsthilfegruppen und Berufsständen. Wir kennen alle diese Konflikte in den Vereinen und Verbänden. Wir müssen endlich begreifen, dass das Freiwilligenengagement die professionelle Arbeit nicht ersetzt, sondern sie komple-

mentärergänzt. Nur auf diese Weise kann das Kreativitätspotential der Menschen freigesetzt werden.

Unsere Zukunft: die aktive Bürgergesellschaft

Eine solche „starke Demokratie“ (Benjamin Barber) ist die erste Voraussetzung in unserem Land dafür, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts unter der Bedingung der Freiheit und solidarischer Teilhabe zu meistern. Deswegen muss unsere unverminderte Aufmerksamkeit und Förderung allen Formen ehrenamtlichen, freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements gelten. Denn dieses Engagement hat nicht nur Zukunft, als aktive Bürgergesellschaft ist es unsere Zukunft.

BÜRGERFREUNDLICHE

Behörden sollen ausgezeichnet werden. Im Rahmen eines landesweiten Wettbewerbs will Edmund Stoiber Initiativen für mehr Bürgerservice in der Verwaltung belohnen. Über 100 Behörden haben inzwischen vorbildliche Projekte eingereicht.

Die **Generationengerechtigkeit** bleibt beim Regierungsentwurf auf der **Strecke**

Der Rentenentwurf der rot-grünen Bundesregierung belastet Alt und Jung – und zwar willkürlich und ungleichmäßig.

Die Älteren, die bereits 2000 eine Rente nach Kassenlage hinnehmen mussten, profitieren durch die modifizierte Rentenformel nicht mehr von der Steuerreform; für den "Eckrentner" (rund 2000 DM Rente im Monat) bedeutet das überschlägig ein Minus von etwa 40 DM pro Monat. Da in der Rentenformel ausserdem der Beitrag für die private Vorsorge berücksichtigt werden soll, müssen die Rentner zusätzliche Einbußen in Kauf nehmen; ab dem Jahr 2008 entspricht dies einem Minus von weiteren 80 DM pro Monat für den "Eckrentner".

Falsche Anreize

Die Jüngeren werden neben diesen Einbußen zusätzlich von dem Ausgleichsfaktor

getroffen. Er belastet Versicherte um so stärker, je später sie in Rente gehen: Wer vor 2011 in Rente geht, wird im Jahr 2030 ein Rentenniveau von 65 Prozent haben; wer ab 2030 in Rente geht, muss sich mit einem Rentenniveau von unter 61 Prozent begnügen. Das ist ungerecht und gibt falsche Anreize für einen vorzeitigen Renteneintritt.

Rot-Grün spaltet die Generationen. Die Belastungen der Älteren werden verschleiert, und die Jüngeren werden benachteiligt. Rot-Grün

schafft eine willkürliche und intransparente Zwei-Klassen-Rente, weil 21 verschiedene Rentenniveaus im Jahr 2030 nebeneinander bestehen.

Für eine fairen Ausgleich

Generationengerechtigkeit kann aber nur verwirklicht werden, wenn alle gemeinsam und alle gleichmäßig einen Beitrag für die Stabilisierung des Systems leisten: Je mehr Schultern die zusätzlichen Lasten tragen,

GENERATIONEN-BELASTUNG

**Riester-Modell:
Generationen-
Spaltung**



**Unions-Modell:
Generationen-Brücke**



URSULA HEINEN:

Riesters Rentenreform bezahlen **die Jungen**

Zur aktuellen Rentendiskussion erklärte die Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Der Entwurf zur Rentenreform von Bundesarbeitsminister Riester enthält massive Benachteiligungen für die jüngere Generation. Vor allem der vorgeschlagene Ausgleichsfaktor, der erst für Rentenzugänge ab dem Jahr 2011 gelten soll, benachteiligt alle, die heute jünger als 54 Jahre alt sind. Damit schafft Riester eine Zwei-Klassen-Gesellschaft: Er belastet Versicherte um so stärker, je später sie in

Rente gehen – also die jüngere Generation.

Die demographischen Veränderungen in Deutschland und ihre Auswirkungen auf die Rentenversicherung sind aber eine Aufgabe für alle Generationen. Der von CDU und CSU vorgesehene demographische Faktor in der Rentenformel hätte dagegen für einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen gesorgt. Das Verhalten der Bundesregierung, die Rentenreformer der CDU/CSU auszusetzen, war grob fahrlässig – die Rechnung müssen jetzt die Jüngeren zahlen.

die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben, um so geringer ist die Belastung für jeden Einzelnen. Das ist der elementare Unterschied zwischen Riesters Ausgleichsfaktor und unserem Konzept. Riester bürdet den Jüngeren die Hauptlast auf, verschleiert die zusätzlichen Belastungen der Älteren und betreibt damit Generationenspaltung.

Generationenvertrag dauerhaft sichern

Die Union will einen fairen Ausgleich, eine Generationenbrücke, an der sich Jung und Alt gerecht beteiligen. Nur so kann die Generationensolidarität gestärkt und der Generationenvertrag dauerhaft gesichert werden.

Stichwort: **Bund-Länder-Finanzausgleich**

Das Grundgesetz schreibt die Verpflichtung zum Finanzausgleich zwischen den reicheren und ärmeren Bundesländern fest. Danach ist sicher zu stellen, dass die unterschiedliche Finanzkraft der 16 Länder angemessen ausgeglichen wird, wobei Finanzkraft und Finanzbedarf der Gemeinden zu berücksichtigen sind (Art. 107, Abs. 2 GG). Wel-

che Länder in den Topf zahlen oder etwas daraus erhalten, regelt das Finanzausgleichsgesetz. Entscheidend ist, ob die Steuereinnahmen pro Einwohner in einem Land über oder unter dem Bundesdurchschnitt liegen. 1999 haben die Bundesländer per Finanzausgleich 14,6 Milliarden Mark umverteilt. Zahlende Länder waren NRW, Bayern, Ba-

den-Württemberg, Hessen und Hamburg. Das Bundesverfassungsgericht hat am 11. November 1999 auf eine Klage von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen hin entschieden, dass der Länderfinanzausgleich bis zum Jahr 2005 neu geregelt werden muss. Der Bundestag muss deshalb bis zum 31. Dezember 2002 in einem Gesetz neue Maßstäbe für den Finanzausgleich festlegen.

PETER RAUEN:

Wohneigentum unbedingt in die Förderung einbeziehen

Zur Diskussion um die Förderung der privaten Altersvorsorge, erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU:

Die Stärkung der privaten Altersvorsorge damit zu beginnen, dass man deren erfolgreichste Art, das Eigenheim, von der Förderung ausschließt, ist unsachgemäß und völlig unverständlich.

Alle Fakten sprechen dagegen. So beträgt die monatliche Ersparnis durch Wohneigentum in Deutschland durchschnittlich 740 DM. Bei einem Rentnerehe-



paar mit einem monatlichen Einkommen von 2 500 DM, kommt dies beispielsweise einer zusätzlichen Rente von rund 30 Prozent gleich. Hinzu kommt der ständige Wertzuwachs der Immobilien.

Beides spricht dafür, dass gerade privates Wohneigentum eine hervorragende Alterssicherung darstellt. Nicht umsonst wird es daher von 70 Prozent der Bürger als sicherste Altersvorsorge angesehen.

Der private Hausbau würde die Baukonjunktur stützen

Bleibt Riester bei seiner Position, dass Wohneigentum aus der Förderung herauszunehmen, zerstört er zudem den verständlichen Wunsch vieler Menschen nach einem Eigenheim.

Denn viele Arbeitnehmer sind eben nicht in der Lage, 4 Prozent ihres Bruttogehaltes als Altersvorsorge anzulegen und darüber hinaus noch den privaten Hausbau zu bewerkstelligen. Eine weitere Schwächung der ohnehin kränkelnden Baubranche ist die zwangsläufige Folge davon.

Daher muss das Eigenheim und die Eigentumswohnung in die Förderung der privaten Altersvorsorge einbezogen werden.

UID

KURT-DIETER GRILL:

SPD-Energiewende: Heiße Luft

Die Ankündigung einer Energiewende durch den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Müller, hat der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisiert:

Sie steht im krassen Widerspruch zu der Tatsache, dass weder die Koalitions-

fraktionen noch die SPD oder die Bundesregierung bisher ein schlüssiges Energiekonzept vorlegen konnten. Hintergrund für den Verzicht auf ein eigenes Energieprogramm ist offensichtlich der Umstand, dass ein tragfähiges, klimaverträgliches, CO₂-neutrales Konzept ohne Kernenergie nicht darstellbar ist.

DIETRICH AUSTERMANN:

Energiepreise bremsen Wachstum – Steuerquellen **sprudeln** trotzdem

Zu den mittelfristigen Wachstumsperspektiven Deutschlands und den sich daraus ergebenden Entwicklungen auf der Einnahmeseite des Bundeshaushalts erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Alle Indikatoren sprechen zu Zeit dafür, dass sich die Energiepreise auch mittelfristig auf einem für den Verbraucher schmerzhaft hohen Niveau stabilisieren. Selbst bei einem weiteren leichten Rückgang werden die Ölproduzenten so viel Kaufkraft in Deutschland absorbieren, dass die Nachfragewirkungen der Steuerreform weitgehend konterkariert werden. Das reale Wachstum wird sich abschwächen, die Inflation wird zulegen.

Für die Steuereinnahmen gilt im Übrigen, dass die Verminderung des realen Wachstums um vielleicht einen viertel Prozentpunkt vollständig kompensiert wird durch eine entsprechende Beschleunigung der Inflation. Das nominale Wachstum der deutschen Volkswirtschaft wird sowohl im laufenden als auch



im nächsten Jahr bei etwa 5 Prozent liegen. Damit steht fest, dass die Mai-Steuerschätzung viel zu pessimistisch war. Diese Einschätzung wird von den tatsächlichen Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden im ersten Halbjahr 2000 bestätigt: Die Einnahmen wuchsen um 6,9 Prozent – die Prognose der Steuerschätzer lag um mehr als die Hälfte darunter, nämlich bei 3 Prozent.

Daher ist es nicht unrealistisch, für dieses und das kommende Jahr (trotz der sog. "größten Steuerreform aller Zeiten") mit Steuereinnahmen in Höhe von rd. 930 Mrd. DM jeweils (Bund, Länder, Gemeinden) zu rechnen. Die Einnahmen dürften 2000 um bis zu 20 Mrd. DM

über der letzten Schätzung und im kommenden Jahr auf gleichem Niveau liegen.

Ohne die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu vernachlässigen, ist es daher möglich und geboten, die im Regierungsentwurf sträflich vernachlässigten Investitionen insbesondere im Infrastruktur-, im Bildungs- und Forschungsbereich aufzustoßen. Dieses Ziel wird die Union in den bevorstehenden Haushaltsverhandlungen nachdrücklich verfolgen.

SEIT SECHS JAHREN

der höchste Preisanstieg – meldet das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Um 2,5 Prozent hat sich im September die Lebenshaltung in Deutschland gegenüber dem Vorjahr verteuert – mehr als angenommen. Hauptgrund: die Verteuerung der Energiepreise. Für leichtes Heizöl – um nur ein Beispiel zu nennen – mussten die Verbraucher im September 78,4 Prozent mehr bezahlen als noch vor einem Jahr.

WEITERE VERSCHÄRFUNG

Zu den aktuellen Plänen der rot-grünen Koalition, die „Ökosteuer“ beizubehalten und sogar über die bisherigen fünf Stufen hinaus fortzusetzen, erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Anstatt die massiven Konstruktionsfehler der „Ökosteuer“ einzugestehen, denkt die rot-grüne Koalition nur daran, wie sie die Steuer-schraube noch enger drehen kann. Auch wenn sie plant, dies nun unter dem Deckmantel einer „Emissionssteuer“ zu vertuschen, steht den kleinen und mittleren Betriebe eine Verschärfung der einseitigen Belastungen ins Haus.

WIE GEHT'S WEITER

Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers zur Öko-Steuer erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Paziorek:

Die Union begrüßt die späte Einsicht des Bundeskanzlers, dass man eine Steuer nicht aus ökologischen Gründen erheben kann, um sie

nicht-ökologischen Zwecken zuzuführen. Das augenblickliche Hin und Her zwischen der Aussage des Bundeskanzlers und Dementis aus dem Bundeskanzleramt ist jedoch unerträglich.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf darzulegen, welche ordnungspolitischen Instrumente sie zu nutzen beabsichtigt, um den Etikettenschwindel mit der sogenannten Öko-Steuer endgültig aus der Welt zu schaffen.

DRAMATISCHER ANSTIEG

Seit Rot-Grün Regierungsverantwortung übernommen hat, hat sich die Wohnkosten-Steigerung in Deutschland mehr als vervierfacht. Dazu erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Nach den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten über die Preisentwicklung im September sieht die traurige Halbjahresbilanz von Rot-Grün bei den Wohnkosten (Steigerung der Bruttowarmmiete gegenüber Vorjahr) so aus: ■ 1998: Plus 0,9% ■ 1999: Plus 1,3% ■ April 2000: Plus 2,1% ■ August 2000: Plus

TERMIN

Zum zweiten bundesweiten Betriebsräteseminar hat der Vorsitzende des Betriebsrats der nordrhein-westfälischen CDU, Paul Frech, ins Arbeitnehmer-Zentrum (AZK) nach Königswinter eingeladen.

**Datum:
29. und 30.
Oktober.**

Thema des Seminars: Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei Veränderungen in der betrieblichen Altersvorsorge. Zu dem Seminar sind Betriebsratsmitglieder eingeladen, aber auch Kolleginnen und Kollegen, die nicht einem Betriebsrat angehören.

Anmeldungen bei:
Paul Frech, Kreisverband Ennepe-Ruhr,
Voerder Str. 11,
58256 Ennepetal,
Tel. 0 23 33/9 79 60.

3,1% ■ September 2000: Plus 4,3%.

Seit Einführung der Öko-Steuer, ist die Bundesregierung Preistreiber Nummer 1 bei den Wohnkosten der Mieter und selbstnutzenden Wohneigentümer. **UD**

VOLKER RÜHE:

Eine Chance für den **Neuanfang** in Jugoslawien

Zu dem Machtwechsel in Jugoslawien erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle:

Mit den jüngsten Veränderungen in Jugoslawien hat sich das Votum des Volkes durchgesetzt. Jetzt besteht eine gute Chance für den Wandel zu demokratischen Strukturen sowie für eine Rückkehr in die internationale Staatengemeinschaft. Es ist zu hoffen, dass das Oppositionsbündnis genauso geschlossen und energisch den politischen und wirtschaftlichen Neuanfang betreibt, wie es den Machtwechsel herbeigeführt hat. Dabei muss der Westen helfen.

Unmittelbar geht es jetzt um die Aufhebung der Sanktionen, von denen die Zivilbevölkerung direkt betroffen ist – wie beispielsweise das Ölembargo. Allerdings steht der Prozess der Rückkehr des Landes in die Staatengemeinschaft erst am Anfang. Zu überschwänglicher Euphorie gibt es noch keinen Anlass. Belgrad muss zu einem partnerschaftlichen Verhältnis zu allen seinen Nachbarn finden, insbesondere zu

den anderen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. Die substantielle Autonomie des Kosovo darf nicht infrage gestellt werden, vielmehr muss Belgrad die dortige internationale Aufbau- und Stabilisierungsarbeit unterstützen.

Wenn die neue jugoslawische Führung entsprechende Signale gibt, sollte Jugoslawien durch den Stabilitätspakt gefördert, und sollten die verbliebenen Sanktionen aufgehoben werden. Jugoslawien hat jetzt die besten Chancen, sich – wie in den vergangenen Monaten bereits Kroatien – auf den Weg zurück nach Europa zu machen.

**PRODI
UNTERSTÜTZEN**

Zu den Vorstellungen des EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi über eine Reform der Europäischen Union erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

Die Vorstellungen von Kommissionspräsident Romano Prodi über die Fort-



V. Rühle



P. Hintze

entwicklung der Europäischen Integration verdienen volle Unterstützung. Die Europäische Union darf nicht durch eine schleichende Aushöhlung der Europäischen Institutionen geschwächt werden.

Mehr und mehr erweist sich der Ministerrat der EU als Fehlkonstruktion. Der wechselnde Vorsitz, die Vermischung von exekutiven und legislativen Funktionen sowie das Neben- und Gegeneinander der Fachministerräte macht Europa entscheidungsschwach. Auch das Gezerre zwischen dem jeweiligen Ratsvorsitz – dem Außenminister des Mitgliedsstaates, der die EU-Präsidentschaft hat – und dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Javier Solana – dient der Sache der Europäischen Union nicht. 

EU-Grundrechtecharta

ein großer Erfolg

Zum feierlichen Abschluss der Arbeiten des Brüsseler Konvents zur Erarbeitung einer EU-Grundrechtecharta erklärten der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze, und der Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Grundrechtskonvent, Peter Altmaier:

Erstmals werden in einem einzigen Dokument die Grundrechte und Grundfreiheiten der Bürger gegenüber den europäischen Institutionen klar und verständlich zusammengefasst. Die demokratische Kontrolle der Brüsseler Entscheidungen wird dadurch erheblich verbessert, ebenso die Legitimation und die Akzeptanz des Gemeinschaftshandelns insgesamt.

Mit der Bezugnahme auf das geistig-religiöse Erbe der Europäischen Union, der ausdrücklichen Betonung des Subsidiaritätsprinzips, der Hervorhebung der zentralen Rolle der Person und der Festbeschreibung der überragenden Bedeutung der Menschenwürde, bekennt sich die Charta zum Europäischen

Menschenbild und erteilt den Vorstellungen von einem europäischen Superstaat eine klare Absage. Dies ist vor allem ein Erfolg der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Mitglieder im Konvent, die sozialistische und sozialdemokratische Forderungen zur Grundrechtecharta in vielen Fällen ab-

wehren konnten. Dieser Erfolg wiegt um so schwerer, als zwölf der 15 EU-Mitgliedstaaten derzeit links regiert werden.

Der jetzt vorliegende Text ist ein wichtiger Erfolg auf dem Weg zu einem europäischen Verfassungsvertrag, der von der CDU/CSU bereits seit langem gefordert wird.

PETER HINTZE:

EU gegen die **schleichende** Kompetenzerweiterung

Zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegen ein europaweites Tabakwerbeverbot erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

Der Europäische Gerichtshof hat unmissverständlich klar gemacht, dass der Binnenmarkt kein Einfallstor für eine Allzuständigkeit der EU ist. Unabhängig davon, wie man über Werbeverbote für Suchtmittel im Allgemeinen oder die Gefahren des Rauchens im Besonderen

denkt, bleibt es den nationalen Gesetzgebern überlassen, hier ihre Entscheidungen zu treffen. Der Europäische Gerichtshof hat mit dieser Entscheidung ein klares Signal gegen eine schleichende Kompetenzerweiterung der Europäischen Union gesetzt.

Ich fordere den Ministerrat auf, in Zukunft die in der Europäischen Union geltende Kompetenzabgrenzung genau zu beachten und nicht wieder mutwillig zu überschreiten, wie das beim Tabakwerbeverbot geschehen ist.

KATHERINA REICHE UND HELMUT HEIDERICH:

Europäische **Bio-Patentrichtlinie** endlich umsetzen

Zur Diskussion um die Umsetzung der EU-Patentrichtlinie erklärten die Berichterstatterin für Human-genetik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Katherina Reiche, und der Berichterstatter für Gentechnik in Landwirtschaft und Umwelt, Helmut Heiderich:

Am 30. Juli ist die Frist zur Umsetzung der Europäischen Bio-Patentrichtlinie vom 6. Juli 1998 verstrichen. Die Bundesregierung riskiert deswegen ein Vertragsverletzungsverfahren.

Der Bio- und Gentechnologie-Standort Deutschland ist ohne die rasche Umsetzung der Richtlinie ernsthaft gefährdet, da nach mehr als einem Jahrzehnt intensiver Diskussion eine Harmonisierung bislang unterschiedlicher Patentrechte in Europa erforderlich ist und die Unternehmen anderenfalls keine Rechtssicherheit haben.

Gegen Alleingänge

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, umgehend die Europäische Bio-Patentrichtlinie vollständig

in nationales Recht umzusetzen. Biotechnologische Erfindungen müssen auf einem international wettbewerbsfähigen Niveau patentierbar sein. Zugleich ist wichtig, dass die ethischen Grenzen der Patentierbarkeit, die sich in besonderem Maße im Bereich der Biotechnologie stellen, angemessen geregelt werden.

Wozu ein Europa der Alleingänge führen kann, zeigen die britischen Pläne, das am Schaf „Dolly“ angewandte Klonen von Tieren auch auf den Menschen anzuwenden und Patente auf genetisch veränderte menschliche Embryonen zu vergeben.

Der Sachverhalt, dass die Voraussetzungen „Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit“ für ein Patent vorliegen müssen, vermeidet Missverständnisse bei der Umsetzung der Richtlinie in das deutsche Patentrecht. Denn es ist klar, dass der menschliche Körper in den einzelnen Phasen seiner Entwicklung und Entstehung nicht patentfähig ist. Für die Landwirtschaft muss konkret geregelt werden, dass die Einführung von Gensequenzen



K. Reiche

H. Heiderich

in Pflanzensorten oder Tier-rassen den Vorrang des Sortenschutzes nicht beeinträchtigen. Hier hat es in der Zwischenzeit durch Einzelentscheidungen des Patentamtes Irritationen gegeben.

Rasch handeln

Die Ministerinnen Fischer und Bulmahn wollen das auf europäischer Ebene Erreichte mit einer neuen „Grundsatzdebatte“ zerreden. Sie nehmen in Kauf, dass Wissenschaft, Wirtschaft und vor allem deutsche Patienten ins Hintertreffen geraten. An der fast zehnjährigen Diskussion haben sie sich nicht beteiligt. Neue Argumente haben sie nicht zu bieten. Die Bundesregierung muss aber im Interesse Europas und der deutschen Bio- und Gentechnologie rasch handeln. **UD**

Herausforderung an **demokratische Meinungsbildung** und an die Schutzfunktion des Staates

Wertekanon, gemeinsame Grundrechte und ethische Dimensionen des wirtschafts-, gesellschafts- und wissenschaftspolitischen Handelns – immer häufiger wird danach gefragt, und diese Frage stellt auch die Politik vor neue Herausforderungen.

Aus Staat und Gesellschaft bildet sich eine Differenzierung heraus, die bislang unbekannt war: Auf der einen Seite lassen uns die Infrastrukturen des modernen Staates, insbesondere die modernen Informationstechnologien, immer mehr teilhaben an dem, was um uns herum geschieht. Doch dies mündet nicht in die beschworene Wissensgesellschaft, sondern führt dazu, dass Information Wissen ersetzt. Nicht-Wissen und Nicht-Verstehen schaffen Verunsicherung, sind Nährboden für Skepsis und Ablehnung – ob in Fragen der Kunst, wirtschaftlicher oder politischer Prozesse oder hinsichtlich der Beurteilung neuer technologischer Entwicklungen.



Warum dieses Unbehagen

Warum ist dieses Unbehagen bei der Biotechnologie weiter verbreitet, als dies bei der Entwicklung anderer Technologien in der Vergangenheit der Fall war? Ist die Biotechnologie ein Sonderfall, eine spezielle und einzigartige Technologie, die mit anderen Maßstäben zu messen ist als z.B. die Telekommunikation? Worin liegt die besondere ethische Dimension dieser Technologie, die es erforderlich macht, sie von Experten beobachten oder gar kontrollieren zu lassen?

Auch in der Vergangenheit und bei anderen Techno-

logien haben Ethikdebatten stattgefunden. Und: Die ethische Auseinandersetzung im Biotechnologie-Zeitalter ist bei genauer Betrachtung eine Fortführung der Medizinethik mit den Fragen von Medikation, Operation, Sterbehilfe und Schwangerschaftsabbruch. Besonderes Merkmal der Biotechnologie aber: der unmittelbare Umgang mit Leben und mit dessen Nutzung.

Bis heute wird über die Verfügbarkeit von Leben und Lebewesen gestritten. Die Gesellschaft versteht dabei Leben zunächst als menschliches Leben und schließt erst im zweiten Schritt tierisches und pflanzliches Leben in dieses Verständnis mit ein. Je näher wir uns dabei uns selbst nähern, desto wichtiger wird die Frage, was erlaubt ist und was unter Schutz gestellt werden muss.

Trotz des allgemein nachlassenden Einflusses kirchlicher Überzeugungen spielt das im christlichen Glauben verwurzelte Menschenbild in diesem Zusammenhang

NACHWUCHSMANGEL

bremst den Gründerboom bei der Biotechnologie. Genforscher Boris Steipe von der Gesellschaft für Biochemie und Molekularbiologie (GBM): "Nur wenige Schüler wollen heute noch Biologie, Chemie oder Physik studieren." Deshalb gebe es auch kaum noch Wissenschaftler, die sich selbständig machen wollen. Zwei Gründe für den Nachwuchsmangel: keine ausreichende Fortbildung von Lehrern in den naturwissenschaftlichen Fächern. Und: Wissenschaftliche Experimente sind für die Schulen zu teuer.

eine besondere Rolle. Die gentechnische Manipulation von Versuchstieren erscheint manch einem unproblematisch. Die Einschätzung ändert sich jedoch schlagartig, wenn über die Manipulation des Menschen diskutiert wird.

Letztlich entscheidet der Mensch selber

Wie schwer sich Politik und Wissenschaft mit der Frage nach der Würde des

Menschen tun, zeigen selbst Diskussionen in Experten-Gruppen und Ethikkommissionen.

Hier gilt es, zunächst einen gemeinsamen Wissensstand zu erarbeiten und sich über Begriffe und Definitionen zu verständigen, was zu international anerkannten Normen und gemeinsamen Verhaltensregeln für Forschung und Entwicklung führen kann.

Abkommen und Selbstverpflichtungen entlassen aber den Menschen nicht aus seiner individuellen Verantwortung. Denn in letzter Konsequenz ist er es, der durch seine Konsumwünsche und politischen Entscheidungen Einfluss auf die Biotechnologie und deren Folgen nimmt.

Die Aufgaben von Politik und Wissenschaft

Was ist konkret zu tun? Nur ein Miteinander von Wissenschaft und Politik wird fruchtbare Ergebnisse bringen. Die Uhren im Biotechnologie-Zeitalter laufen schnell. Grundsätzlich gibt es keine Unterscheidung zwischen guter oder nützlicher und schlechter oder schädlicher Forschung. Die Biotechnologie erfordert deshalb besonderen Weitblick:

die gedankliche Vorwegnahme möglicher Anwendungen. Dringend erforderlich in diesem Zusammenhang: die interdisziplinäre Auseinandersetzung mit der Biotechnologie.

Neben diesen Dialog unter Experten muss aber auch der Dialog mit und in der Gesellschaft treten. Er kommt ohne Vertrautheit mit der Materie nicht zustande. Kenntnisse vermitteln die naturwissenschaftlichen Fächer. Wertende Einordnung der Kenntnisse ist aber Sache theologisch-philosophischer Bildung, auf die deshalb wieder verstärkt Wert gelegt werden muss.

Eine weitere Aufgabe der Politik: Vertrauen zum Funktionieren der demokratischen Meinungsbildung und zur Schutzfunktion des Staates fördern. Die Politik muss dort Orientierung geben, wo möglicherweise Grundwerte der Gesellschaft – Freiheit, Selbstbestimmungsrecht und Unverletzlichkeit der Person – durch eine neue Technologie gefährdet werden.

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Mitglied des Europäischen Parlaments, ist Vorsitzende des Arbeitskreises Bioethik der CDU.

MARIA BÖHMER:

Regierung muss **Biopatentgesetz** zügig verabschieden

Zum Verzicht einiger Gen-Firmen auf Embryo-Patente und zur Verschiebung des Kabinettsbeschlusses zu Biopatenten erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Der freiwillige Verzicht eines amerikanischen und eines australischen Gen-Unternehmens auf menschliche Embryo-Patente ist eine richtige Entscheidung. Der Entscheidung kommt Signalwirkung für andere Unternehmen der Biotechnik-Bran-



che zu. Auch deutsche Gen-Firmen sollten eindeutig den Verzicht auf Embryo-Patente erklären. Der freiwillige Verzicht der Industrie als erster

Schritt entbindet aber die Bundesregierung nicht von ihrer Verantwortung. Die erneute Verschiebung des Kabinettsbeschlusses zur Umsetzung der EU-Biopatentrichtlinie ist politisch fahrlässig und schafft nicht die gewünschte Rechtssicherheit.

Die Bundesregierung muss nun endlich ihrer Verantwortung gerecht werden. Zeit hat sie wahrlich genug gehabt. Es ist das Gebot der Stunde, ein „Patent auf Leben“ in Deutschland und Europa unmöglich zu machen.

STELLENANZEIGE

Die **CDU-Bundesgeschäftsstelle** sucht

eine(n) erfahrene(n) wissenschaftliche(n) Mitarbeiter(in) für den Bereich Wirtschaftspolitik.

Wir erwarten neben einem abgeschlossenen Hochschulstudium (Volks- oder Betriebswirtschaft), fundierte Kenntnisse in den Bereichen Wirtschafts-, Haushalts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, Teamfähig-

keit, kommunikative Kompetenz, organisatorische und konzeptionelle Fähigkeiten und überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft.

Weiterhin suchen wir

**eine(n) Sekretär/
Sekretärin,**

der/die neben einer guten Allgemeinbildung gute Kenntnisse der allgemei-

nen Büroorganisation besitzt und sicher im Umgang mit dem PC und Internet ist.

Ihre Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugniskopien und Gehaltsvorstellungen sind zu richten an:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Hauptabteilung I
Klingelhörerstr. 8
10785 Berlin

VERFASSUNGSKLAGE

soll die Bundesregierung gegen Nordrhein-Westfalen erheben. Diese ungewöhnliche Forderung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gestellt. Begründung: Mit den Durchsuchungsmaßnahmen gegen den Bundestagsabgeordneten Roland Pofalla nur wenige Tage vor den Landtagswahlen habe NRW seine "verfassungsmäßigen Pflichten verletzt".

MATHEUNTERRICHT

muss dringend verbessert werden. Erneut heftige Kritik am Niveau der Schulbildung haben die deutschen Arbeitgeber geübt. Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): "Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist auf qualifizierten Nachwuchs dringend angewiesen."

„AKTION STILLSTAND“

– rund 400 Transportunternehmer haben in Frankfurt am Main auf die schwierige Wirtschaftslage ihres Gewerbes aufmerksam gemacht. Sie prangerten vor

allem Dumping-Preis-Praktiken, illegale Transporte und Überkapazitäten an, die sie im europäischen Wettbewerb massiv benachteiligen.

AUF PLATZ ZWÖLF

mit 90 Minuten täglich rangieren deutsche Kinder beim Fernsehkonsum im internationalen Vergleich. Ganz vorne: mit 175 Minuten die jungen Mexikaner. Dies ergibt die Studie eines TV-Vermarkters in Köln, der im Auftrag der Werbewirtschaft Reichweiten untersucht.

2700 BEWERBUNGEN

sind via Internet bei der von RTL gegründeten Journalistenschule eingegangen. Gründungsdirekte Peter Kloepfel: "Mit einem solchen Run haben wir nicht gerechnet." Es zeige sich, dass RTL mit dem Ausbildungsangebot im TV- und Multimediabereich eine Lücke schließt.

MARKTWIRTSCHAFT

hat nur noch bei 26 Prozent der Ostdeutschen einen guten Klang. 1990 hatten noch 69 Prozent eine positive Meinung.

Um dieser sinkenden Akzeptanz entgegenzuwirken, wollen die führenden deutschen Wirtschaftsverbände eine Kampagne starten. Hans Tietmeyer, früherer Bundesbank-Präsident: "Mit Fernsehspots und einer Reihe regionaler Veranstaltungen wollen wir mehr Verständnis für Eigenverantwortung und Unternehmergeist wecken."

SCHLICHTUNG vor

dem Gerichtsverfahren. Das Land Hessen will für bestimmte Streitigkeiten die obligatorische außergerichtliche Streit-schlichtung einführen. Ohne einen solchen Versuch soll künftig kein Verfahren vor den Amtsgerichten beginnen.

AKTIEN haben inzwischen 13 Millionen Deutsche, zwei Millionen mehr als noch vor einem Jahr. Nach einer Umfrage sind sich die Anleger sowohl der Gewinnchancen als auch der Risiken zunehmend bewusst. Jeder zweite versteht die Aktie als eine Säule seiner privaten Altersvorsorge.



ÖKOSTEUER

Nebulöser Schröder

Das ist die Art Diskussion, die dem Kanzler gefällt: Mit seiner nebulösen Äußerung, über die Instrumente der Öko-Steuerreform könne man reden, tut Gerhard Schröder niemandem weh und macht vielen Hoffnungen. Die Botschaft, die hängen bleiben soll: Ich kümmerge mich um die Not der kleinen Pendler, der großen Spediteure und der Umwelt gleich noch mit. Dass alle Seiten und Parteien dem Beitrag des Kanzlers Positives abgewinnen, bestätigt dieses Kalkül. Auf diese Weise will Schröder offenbar die Benzinpreis-Demonstrationen aussitzen.

Sächsische Zeitung

Man kann sich nur noch wundern

Angesichts des Widerstandes selbst von SPD-regierten Ländern dagegen, die Kosten für Schröders Populärpolitik zu tragen, bleibt

dem Kanzler gar nichts anderes übrig, als das "Instrument" Ökosteuer zur Disposition zu stellen, auch wenn er zur Wahrung des Gesichts das "Prinzip" Ökosteuer verteidigt. Wenn nun aus Schröders Umgebung behauptet wird, das sei insgesamt ein "flammendes Bekenntnis zur Ökosteuer", dann kann sich der politische Laie nur noch wundern über die Verwirrung im Regierungsapparat.

Frankfurter Allgemeine

ARBEITSMARKT

Vertane Chance

Seit Monaten sinken die Arbeitslosenzahlen. Allein weil in den nächsten Jahren die Zahl der jungen Menschen sinkt, die neu auf den Arbeitsmarkt strömen, wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt auch bei mäßigem Wirtschaftswachstum weiter entspannen. Dass die Bundesregierung trotzdem keinen Spielraum sieht, den nach der Wiedervereinigung auf das Rekordniveau von 6,5 % des Bruttoeinkommens er-

höhten Arbeitslosenbeitrag zu senken, hat nur einen Grund: Finanzminister Eichel hat mit tatkräftiger Unterstützung von Arbeitsminister Walter Riester die arbeitsmarktbedingten Minderausgaben für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Arbeitsmarktförderung längst als Entlastung für seinen eigenen Haushalt eingeplant. Deshalb will Eichel den Bundeszuschuss von 7 Mrd. DM auf Null zusammenstreichen.

Handelsblatt

SPD/PDS

Rot-roter Flirt

Treffen sich zwei Politiker zum gemeinsamen Speisen, spricht man gewöhnlich von einem Arbeitessen. Das ist Berliner Alltag und meist nicht so wichtig. Ans Eingemachte aber geht es meist, wenn es heißt, es handle sich lediglich um ein "privates Essen". Als SPD-Chef Gerhard Schröder und der scheidende PDS-Vorsitzende Lothar Bisky sich ganz privat über zwei Teller mit Berliner

Kalbsleber beugten, dürfte sich der Kanzler deshalb weniger für die Qualität der Röstzwiebeln als für die Zukunft des Rentenkonzepts der Regierung und die möglichen Mehrheitsverhältnisse in den Ländern Berlin und Brandenburg interessiert haben. Als "Symbolakt" bejubelte die PDS das Privatissimum hinterher und machte das Private damit öffentlich. Dies tat sie, weil es ihr gut ins Konzept passte – schließlich unterstreicht eine Begegnung mit dem Kanzler die eigene Bedeutung. Aber auch die SPD ist nicht ohne Kalkül. "Taktische Überlegungen" werden in der Umgebung des Kanzlers nicht gezeugnet. "Die Eiszeit" zwischen SPD und PDS sei ohnehin schon lange vorbei, heißt es. Dass "rote Socken nicht mehr stinken", wie SPD-Sprecher Michael Donnermeyer lässig kommentiert, wird auch SPD-Generalsekretär Frank Müntefering in der Berliner Landesvertretung von Mecklenburg-Vorpommern mit einem Auftritt zum zweijährigen Bestehen der rot-roten Koalition in Schwerin würdigen.

Süddeutsche Zeitung

NPD-VERBOT

Was die lange Geschichte der Versuche lehrt

Es wäre niederschmetternd, wenn der Antrag beim Bundesverfassungsgericht scheitern würde und die NPD damit unerwartet in demokratischem Glanz erstrahlen könnte. Die gute Absicht hätte, nicht zum ersten Mal, zum schlechten Ergebnis geführt. Ein Blick auf die lange Geschichte der Versuche, der NPD mit einem Verbot beizukommen, lehrt, dass diese oft genug vom tagespolitischen Kalkül geprägt und entstellt waren. Als die NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in insgesamt sieben Landesparlamenten vertreten war und in Baden-Württemberg fast zehn Prozent der Wählerstimmen erzielt hatte, betrieb die große Koalition, insbesondere Innenminister Benda, einen Verbotsantrag. Zu dem kam es, trotz eindeutiger Kabinettsvorlagen aus dem In-

nenministerium, jedoch nie. Auch die folgende sozial-liberale Regierung ging nicht nach Karlsruhe: Nach drei verlorenen Landtagswahlen sei es, so Bundeskanzler Brandt im März 1971, womöglich falsch, der NPD durch ein Verbotsvorhaben "Martyrerqualität" zu verschaffen.

Frankfurter Allgemeine

SERBIEN

Wind aus den Segeln genommen

Jede Revolution hat ihre Verlierer. Direkte und indirekte. Verlierer ersten und zweiten Grades. Verlierer ersten Grades der Belgrader Revolution sind Slobodan Milosevic und sein Clan. Verlierer zweiten Grades könnten Montenegro und das Kosovo werden. Beiden ist mit dem Sieg der serbischen Opposition der politische Wind aus den Segeln genommen für eine Option, mit der sie gepokert hatten: die staatliche Unabhängigkeit.

Die Welt

1950 - 2000:

Fünfzig Jahre Gründungsparteitag der CDU Deutschlands

Zur Festveranstaltung "Fünfzig Jahre Gründungsparteitag der CDU" am 20. Oktober haben die Parteivorsitzende Angela Merkel und Generalsekretär Ruprecht Polenz nach Goslar eingeladen.

Mit einer Feier soll an den 20. bis 22. Oktober 1950 erinnert werden, als 386 Delegierte in Goslar zusammen kamen, um die CDU Deutschlands zu gründen.

■ Delegierte aus der sowjetischen Besatzungszone gab es nicht. Der Eiserner Vorhang hinderte sie daran, am Gründungsakt teilzunehmen.

■ Konrad Adenauer wurde Vorsitzender der CDU, Friedrich Holzapfel und Jakob Kaiser wurden seine Stellvertreter.

■ Die politische Erklärung von Goslar: das Bekenntnis zur Freiheit und Würde des Menschen, zur Sozialen Marktwirtschaft, zur deutschen Einheit und zur europäischen Einigung. Es hat die CDU 50 Jahre lang begleitet.

"Die CDU ist in ihren Grundüberzeugungen und in ihrem Programm" – schreiben Angela Merkel und Ruprecht Polenz in ihrer Ein-

ladung – "eine freiheitliche Antwort auf die Schreckenszeit der Nazi-Barbarei. Die CDU ist in ihrem Selbstverständnis als große Volkspartei der Mitte, die Bürger aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten über konfessionelle Grenzen hinweg integriert, eine Antwort auf das Scheitern der Weimarer Republik.

Christliche Demokraten sind sich der Geschichte, ihrer Verantwortung und Tradition bewusst. Aus dieser Tradition heraus blicken wir nach vorn."

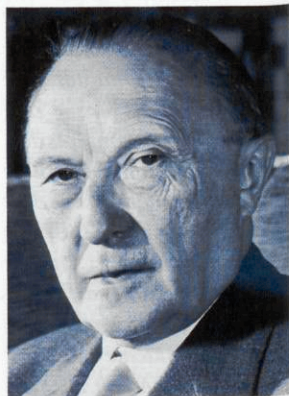
Das Programm der Festveranstaltung

eröffnet der stellvertretende Vorsitzende und niedersächsische Landesvorsitzende Christian Wulff.

Grüßworte sprechen der 1. Bürgermeister von Goslar, Armin Kalbe, und der Vorsitzende des Landesverbands Braunschweig, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr.

Die Reden zum Jubiläum halten:

■ Generalsekretär Ruprecht Polenz,



”

Politische Tageserfolge können im Bewusstsein eines Volkes verblassen. Was aber bleibt und weiter wirkt, ist die Kraft und Geschlossenheit einer Haltung, hinter der eine Idee steht.

Konrad Adenauer

■ Gerhard Stoltenberg als Teilnehmer des Gründungsparteitags vor 50 Jahren und
■ die Parteivorsitzende Angela Merkel.

Schlusswort: Hans-Georg Faust, Vorsitzender des Kreisverbands Goslar.

Endlich ist er da - unser CDU-Scooter!

Das Kleine Ding mit der großen Leistung!

Der Scooter ist ein praktisches Fortbewegungsmittel für „Klein und Groß“. ■ Ob Sie durch die Stadt oder zur Arbeit düsen, der Scooter ist Ihr handlicher Begleiter. ■ Bequem und kinderleicht lässt er sich mit wenigen Handgriffen zusammenklappen und in dem dazugehörigen Rucksack transportieren. ■ Der Rucksack ist mit einem Schultergurt und einer daran mit Klettverschluss befestigten Handytasche versehen. ■ Der CDU-Scooter ist aus stabilem Aluminium und hat ein Gesamtgewicht von 3,1 kg. ■ Die Lenker-Teleskopstange ist 3-fach höhenverstellbar. ■ Die Bremse befindet sich auf dem hinteren Rad. ■ Der Scooter ist für eine Gesamtbelastung von 200 kg ausgelegt. ■ Sie können mit dem Scooter eine Geschwindigkeit bis ca. 30 km/h erreichen. ■ Der CDU-Scooter ist in einer hochwertigen Materialausstattung und Verarbeitung hergestellt. Er entspricht nicht nur dem vorgegebenen Standard, sondern hat bei mehreren Vergleichstests mit anderen Scootern gut abgeschnitten und liegt in der Testliste auf dem 2. Platz.

Bestell-Nr.: 9673

Preis je Scooter inkl. Rucksack: 170,00 DM

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Papiertaschentücher

126 Expl. 45,00 DM
Bestell-Nr. 9637



Vitaminbonbons

500 Expl. 21,00 DM
Bestell-Nr. 9560

BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

